



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/43 - 20. Februar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
 Fernsprecher 2 18 31 - 33  
 Fernschreiber 0 886 800

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Abschied von H.C. Hansen  Zur Tode des dänischen Ministerpräsidenten  Von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	33
2 - 3	Berlin - ein Hort der "Gottlosenpropaganda"?  Zu einer "Berlin-Hilfe" besonderer Art  Von * * *	99
4 - 5	"Klassenkampf" im Grundgesetz?  Um die Opferlegung der Parteifinanzier	70
6	Evangelische Diakonie - eine gesamtdeutsche Brücke  Zu einer Konferenz des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland	42

\* \* \*

\* \*

Abschied von E.C. Hansen

Zum Tode des dänischen Ministerpräsidenten

Von Erich Ollenhauer,  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mit Schmerz und Trauer gedenke ich des von uns gegangenen Freundes des Ministerpräsidenten H.C. Hansen, mit dem mich ein Leben engster menschlicher Freundschaft verbunden hat. Ein grausames Schicksal hat diesen Mann mitten aus einem reichen Leben der Arbeit und der Erfolge gerissen. Wenigen Menschen ist ein solches Leben beschieden.

Hansens früher Tod ist ein unersetzlicher Verlust nicht nur für sein Vaterland Dänemark und für die Dänische Sozialdemokratie; auch die Deutsche Sozialdemokratie und alle sozialdemokratischen Parteien in der Welt trauern um ihn. Er verkörperte, wie kaum ein anderer seiner Generation, den Menschen und Politiker, der offenen Sinnes und mutig den Problemen unserer Zeit gegenübertrat. Von frühester Jugend an diente er der Idee des demokratischen Sozialismus, wirkte er für Freiheit und Gerechtigkeit. Für uns alle, die mit ihm gemeinsam den Kampf um eine bessere Welt führten, war H.C. Hansen Beispiel und Vorbild.

Die Deutsche Sozialdemokratie, ja, das ganze deutsche Volk, verliert mit H.C. Hansen einen aufrichtigen Freund. Er, dessen Land mit zu den Opfern der Hitlerdiktatur gehörte, der selbst in dieser Zeit Schweres erdulden mußte, kannte keine Vorbehalte, als es nach 1945 darum ging die demokratischen Kräfte in Deutschland zu stützen, ihnen wieder Mut für die Aufbauarbeit zu geben und sie einzuführen in die Gemeinschaft der Völker. Hierfür sind wir H.C. Hansen Dank schuldig. Er wird in unserem Lande bei allen Menschen, die seine Leistungen zu würdigen wissen, unvergessen bleiben.

Vieles konnten wir von H.C. Hansen noch erwarten. Gerade in den letzten Jahren seines Lebens setzte er sich mit einem unbesiegbaren Optimismus für die Entspannungspolitik zwischen Ost und West ein. Sein Wort und sein Rat wurden auf großen internationalen Konferenzen mit Respekt gehört. Überall hatte er Freunde. Wenn er seine Stimme erhob, wußte man: hier spricht ein Mann, der aus tiefster Überzeugung und ohne jeden Rückhalt um den Sieg des Guten in dieser Welt ringt.

Denen, die in seinem Lande nach ihm kommen, und uns allen, hinterläßt H.C. Hansen das leuchtende Beispiel nie ermüdender Pflichterfüllung im Dienste der Menschheit.

Berlin - ein Hort der "Gottlosenpropaganda"?

Von \* \* \*

Dank dem Zusammenwirken aller freiheitlichen Kräfte ist es bisher gelungen, die Angriffe des Kommunismus auf das freie Berlin abzuwehren. Dies ist zu einem wesentlichen Teil auch das Verdienst der Bevölkerung Westdeutschlands, die sich einmütig zu Berlin bekant hat. Leider gibt es aber auch Kräfte, die diese gemeinsame Abwehrfront gefährden und die damit auf ihre Weise die Geschäfte Chruschtschows und Ulbrichts besorgen. Besonders bedauerlich ist hierbei, daß dies ausgerechnet in Zeitungen geschieht, die teils von der katholischen Kirche herausgegeben werden oder die ihr nahestehen. Liest man diese Produkte einer sich christlich nennenden Journalistik, so ist am erstaunlichsten die Tatsache, wie leichtfertig mit der Wahrheit umgegangen wird.

Bei diesen Zeitungen handelt es sich um die "Neue Bildpost" vom 18. 10. 1959 und um die "Kirchenzeitung für das Bistum Aachen" vom 29. 11. 1959. Erstere wird u. a. - man möchte es nicht glauben - von einem Prälaten und einem Caritasdirektor herausgegeben, letztere vom Bistum Aachen, das zum "Hauptschriftleiter" einen Herrn namens A. H. Berning bestellt hat, der in der vorbenannten Nummer des Blattes in einem Artikel "Über das Schulsystem der Ostzone" das freie Berlin denunziert, in weltenschaulicher Hinsicht heimlich und indirekt mit dem kommunistischen Lager zu sympathisieren.

Die wesentlichsten dieser falschen Behauptungen sind folgende: Die Religion werde in Westberlin weitgehend aus der Staatsschule verdrängt und die Erteilung des Religionsunterrichts werde erschwert. Was in der Sowjetzone auf dem Gebiete des Religionsunterrichts durch Zwang und Reglementierung erreicht werde, erstrebe die Sozialdemokratische Partei in Westberlin u. a. durch Herabdrücken der staatlichen Beihilfen auf ein Minimum. Weiter finanziere Westberlin Gottlosenpropaganda.

Hierzu ist folgendes zu bemerken: Alle Behauptungen, daß der Religionsunterricht in Westberlin weitgehend aus der Staatsschule verdrängt worden sei, sind unzutreffend.

Im Gegenteil hat Berlin im Einvernehmen mit den beiden christlichen Kirchen eine Form des Religionsunterrichtes gefunden, die sich ausgezeichnet bewährt hat. Dieser Unterricht wird im Auftrage und in voller Verantwortung der Kirchen ausgeübt.

Neben den von dem Lande Berlin zur Verfügung gestellten äußeren Hilfen, wie z. B. der Bereitstellung von Unterrichtsräumen, erhalten die Kirchen selbstverständlich sehr erhebliche finanzielle Zuschüsse, die sich allein für den Religionsunterricht im Jahre 1959 auf 4,15 Millionen DM beliefen und die sich für 1960 auf dieselbe Summe belaufen werden. Wie man bei dieser Sachlage von einer Verdrängung und Erschwerung der Erteilung des Religionsunterrichtes schreiben kann, wird das große Geheimnis des Herrn "Hauptschriftleiters" Berning bleiben.

Unwahr ist auch die weitere Behauptung, durch Herabdrücken der staatlichen Beihilfen auf ein Minimum erstrebe die SPD in Westberlin auf dem Gebiete des Religionsunterrichtes dieselben Zustände wie in dem sowjetisch besetzten Gebiet. Ein einziger Blick in den Westberliner Haushaltsplan (Haushalt-Unterabschnitt 0230) zeigt, daß das genaue Gegenteil richtig ist.

Während für das Jahr 1958 über 3,64 Millionen DM nur für den Religionsunterricht der beiden Kirchen bereitgestellt wurden, waren es für das Jahr 1959 insgesamt 4,15 Millionen DM und für 1960 wird dieselbe Summe bereitgestellt werden. Neben diesen Zuschüssen für den Religionsunterricht erhalten die Kirchen aber noch weitere Zuschüsse von beträchtlichem Umfange. Auch hier kann von einem "Herabdrücken" nicht die Rede sein, denn von 1956-1960 sind diese Zuschüsse steil angestiegen. Während sie 1956 insgesamt 2,91 Millionen DM betragen und 1959 4,11 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden, sind für 1960 über 4,14 Millionen DM vorgesehen. Wie in den Vorjahren werden den Kirchen außerdem noch Mittel für einmalige Baumaßnahmen in Höhe von 1,68 Millionen DM bereitgestellt.

Bei diesem für einen Journalisten leicht feststellbaren Tatbestand, fällt es schwer, das Verhalten des Herrn "Hauptschriftleiters" angemessen zu charakterisieren. Einen derartig souveränen Umgang mit den Tatsachen sind die Berliner bisher nur von der Journaille des Herrn Ulbricht gewöhnt. Sollten die Berliner umlernen müssen?

Nicht weniger infam ist schließlich die Behauptung, Westberlin finanziere "Gottlosenpropaganda". Die Ehre, diesen "Beitrag" zum Freiheitskampfe Berlins geleistet zu haben, gebührt der "Neuen Bildpost". Diese im Stil eines Skandalblattes aufgemachte Wochenzeitung nahm die Tatsache, daß Berlin für den Lebenskundeunterricht des Freidenkerbundes 90 000 DM zur Verfügung gestellt hat, zum Anlaß, in einem Artikel unter der Schlagzeile "Westberlin finanziert Gottlosenpropaganda" Stimmung gegen Berlin zu machen. Hätte der Produzent dieser unreifen Leistung sich auch nur einigermaßen mit dem Gegenstand seines Artikels beschäftigt, so hätte er feststellen können, daß ein derartiger Unterricht nicht nur in Berlin, sondern unter Gewährung vergleichbarer Zuschüsse auch in vier anderen Bundesländern seit langem erteilt wird. Während sich die Verpflichtung zur Gestattung eines solchen Unterrichts für die Berliner Regierung aus § 13 des Schulgesetzes für Berlin ergibt, folgt diese Pflicht für Bayern aus Artikel 137 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Bayern, der wie folgt lautet: "Für Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, ist ein Unterricht über die allgemein anerkannten Grundsätze der Sittlichkeit einzurichten."

Die "Neue Bildzeitung" möge die Frage beantworten, ob das, was in einem Lande mit überwiegender katholischer Bevölkerung Verfassungsgrundsatz ist, für Berlin "Gottlosenpropaganda" darstellt. Angesichts der oben näher aufgezeichneten Millionen-Zuschüsse fällt die Gewährung eines so verhältnismäßig niedrigen Zuschusses von 90 000 DM an eine Weltanschauungsgemeinschaft kaum ins Gewicht. Abgesehen hiervon entspricht die Gewährung eines solchen Beitrages auch dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Gleichheitsgrundsatz. Auf keinen Fall ist aber der Vorwurf gerechtfertigt, damit werde Gottlosenpropaganda finanziert. Daß die Berliner Regierung mit dieser Ansicht nicht allein steht, zeigt auch die Reaktion der CDU, die sich in den "Blättern für junge Politik" Nr. 92, November 1959, mit erfreulicher Deutlichkeit vor den Verlautbarungen der "Neuen Bildzeitung" entschieden distanziert hat.

"Klassenkampf" im Grundgesetz ?

sp - Wer unbekannt von der Bundestagsdebatte über das Parteiengesetz lauschte, mochte glauben, es ginge darum, ein Gesetz zur Unterdrückung der CDU zu beschließen. Mit Leidenschaft und Verve rückten die Redner der CDU/CSU der Sozialdemokratie zu Leibe, so daß zeitweise der Eindruck entstehen konnte, hier seien die Fronten verkehrt, es kämpfe eine christlich-demokratische Minderheit gegen eine kompakte Mehrheit aus Sozialdemokraten, die drauf und dran seien, dieser Minderheitspartei das Lebenslicht auszublasen, und zwar mit Hilfe der schärfsten Mittel.

Der Bundesinnenminister, das sei zugegeben, ist von der Opposition in den letzten Monaten nicht gestreichelt worden. Er hat dazu auch keinen Anlaß gegeben. Drum mag er gegen massive Angriffe taub geworden sein. Einige neuerliche harte Worte hätte er sich durch seine Bemerkung verdient, das Parteiengesetz dürfe "kein Stück Klassenkampf" sein. Das war ein böses Wort.

Aber es soll hier noch einmal in der mildesten Form gesagt werden, worum es geht. Das Grundgesetz verlangt von den Parteien "über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft". Das ist ein Satz in unmißverständlichem, klarem Deutsch. Wer ihn dennoch nicht versteht, mag sich über die Entstehung dieses Artikels 21 in den Protokollen des Parlamentarischen Rats orientieren. Dort findet er zur Begründung die mehrfache Hinweis, eine Wiederkehr solcher Zustände wie vor 1933, wo die anonyme Finanzierung der NSDAP durch einige Wenige möglich war, müsse in der Bundesrepublik vermieden werden. Die Initiative kam vom Zentrumsatgeordneten Brockmann, der heute noch darüber zu befragen ist und der erst vor einem Vierteljahr in einem Fernsehgespräch mit - neben anderen - Schröder diese Feststellung bestätigt hat.

Es war im Parlamentarischen Rat mit keinem Wort die Rede, nur die Finanzen totalitärer Parteien aufzudecken. Diese nämlich sollten ohnehin verboten werden. Weil aber auch der Parlamentarische Rat im Parteiverbot nur das äußerste Mittel sah, sollte er durch finanzielle Transparenz vor vornherein und bei jeder Partei ein Hilfsmittel für Parteimitgliedschaft und Öffentlichkeit schaffen, mit

dem un-demokratische Einflüsse auf natürliche Weise ausgeschlossen werden könnten. Die erstmalige Anerkennung der Parteien in einer deutschen Verfassung durch Artikel 21 machte es außerdem zwingend, an sie als die Hauptakteure in der politischen Willensbildung dieselben Anforderungen zu stellen wie an die Einrichtungen des Staates selber: Demokratischer Aufbau und Einblick in die Kasse!

Es fällt schwer, bei dem Vorwurf still zu bleiben, daß derjenige, der die Verfassung ernst nimmt, als "Klassenkämpfer" quasi Umsturzpläne hegt. Der Innenminister, der an anderer Stelle vom Präsidenten wegen der Injurie "Gemeinheit" gerügt werden mußte, möge nachdenken, welcher Zwischenruf aus den Reihen der Sozialdemokraten eigentlich fällig gewesen war, als er sein Wort von "Klassenkampf" sprach.

Den übrigen Rednern der Regierungspartei hatten es die Finanzen der SPD angetan. Der Abgeordnete Eben wollte endlich mit dem Märchen von der angeblich armen SPD und der angeblich reichen CDU aufräumen". Die Redner Wacher und Barzel gaben sich redliche Mühe, "Geheimnisse" über die Kasse der SPD aus sozialdemokratischen Veröffentlichungen aufzudecken.

Beweise aus Zeitungsausschnitten zusammentragen zu müssen, ist ein mühsames Geschäft. Die SPD als Oppositionspartei, der die Zugänge zu echten Informationen verschlossen sind, weiß ein Lied davon zu singen. Ob nun die SPD reich oder arm ist, mag der Phantasie von Herrn Barzel überlassen bleiben. Die SPD hat wenig zu verbergen. Für alle, die es wissen wollen, gibt es nur einen Weg, Gewißheit zu bekommen: Den Widerstand gegen die von der SPD verlangte Offenlegung der Geldquellen aufzugeben. Dann wird Klarheit über die Finanzen aller sein.

Ein deutliches Wort aber verdient noch die Ankündigung Schröders und der Wunsch des Sprechers der DP, die steuerliche Abzugsfähigkeit der Parteispenden wieder einzuführen. Über diese Frage hat das Bundesverfassungsgericht bekanntlich 1958 sein Machtwort gesprochen. Die SPD, die selber mehrfach für sie ungünstige Urteile aus Karlsruhe mit dem schuldigen Respekt, der diesem Gericht gebührt, hingenommen hat, wird einer Wiederkehr dieser Staatsfinanzierung à la Drei-Klassen-Wahlrecht erbitterten Widerstand entgegenzusetzen. Wenn der Verfassungsminister ein schlechter Verlierer ist, wird ihm genclien werden müssen, Respekt vor Grundgesetz und Verfassungsgericht zu erlernen.

### Evangelische Diakonie - eine gesamtdeutsche Brücke

Str. - Diese Woche ging im Diakonissenmutterhaus in Bethold eine Tagung zu Ende, die so ganz in der Stille stattfand, jedoch für Gesamtdeutschland von großer Wichtigkeit war. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland war zu einer Jahreskonferenz in der Bundesrepublik zusammengetreten. Unter den Konferenzteilnehmern befanden sich zahlreiche Helfer der zum Diakonischen Werk vereinten "Inneren Mission" und des "Evangelischen Hilfswerkes" aus der sowjetischen Besatzungszone. Aus Konferenzkreisen hörte man, daß im allgemeinen eine große Überraschung über die relative Großzügigkeit der Behörden in der Zone bei der Bewilligung der Ausreisserlaubnis geherrscht habe. Zwar sei auch jetzt einigen Helfern aus der Zone die Reise in die Bundesrepublik verwehrt worden, jedoch sei diese Konferenz von Vertretern der Zone außerordentlich gut besucht gewesen.

Diese Tatsache sollte man als Positivum registrieren. Wir sollten dankbar sein, daß auf diesem Sektor der christlichen Liebestätigkeit noch eine gesamtdeutsche Arbeit möglich ist. Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Pastor D. Friedrich Münchmeyer, hat erklärt, daß die Konferenz Wege finden werde, um den Helfern jenseits der Zonengrenze die Unterstützung angedeihen zu lassen, die sie benötigen. Er ließ allerdings durchblicken, daß die Diakonie in der Zone nicht so sehr auf den Schultern des Werkes selbst, sondern auf denen der kleinen Gemeinden ruhen müsse. Gerade in der Zone sei diese Aktivität in der kleinsten Zelle, nämlich in der Kirchengemeinde, am ehesten zu erreichen. Die Kirche wisse, daß sie nicht "wie in alten Zeiten" in der Zone wirken könne, jedoch sei dies gerade der Grund für eine gegenseitige Hilfe der einen gesamtdeutschen Evangelischen Kirche.

Als Beweis für diese These des Präsidenten steht wohl das letzte Zwischenergebnis der Sammlung "Brot für die Welt". Diese Sammlung ist für die entwicklungsfähigen Länder Asiens und Afrikas bestimmt. Wenn von 15 Millionen DM, die in Gesamtdeutschland gesammelt wurden, allein drei Millionen in der Zone aufgebracht wurden, so ist das ein Beweis für das gegenseitige Geben und Nehmen der Kirche in West- und Mitteldeutschland.

Die gesamtdeutsche Arbeit der Evangelischen Kirche, die ausschließlich dem religiösen Dienst und dem Dienst am Nächsten gewidmet ist, bekommt naturgemäß - ohne daß sie es will - einen politischen Anstrich. Denn allein die Tatsache, daß diese Kirche noch gesamtdeutsch tätig sein kann, ist für viele Deutsche in Ost und West ein Strohhalme, an den sie sich im Gedanken an die Wiedervereinigung Deutschlands klammern.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschefel